

Bund der  
Strafvollzugsbediensteten  
Deutschlands (BSBD)

Fachzeitschrift  
für die Bediensteten des  
Justizvollzugs

# DER VOLLZUGS- DIENST



Untermaßfeld anno 1850

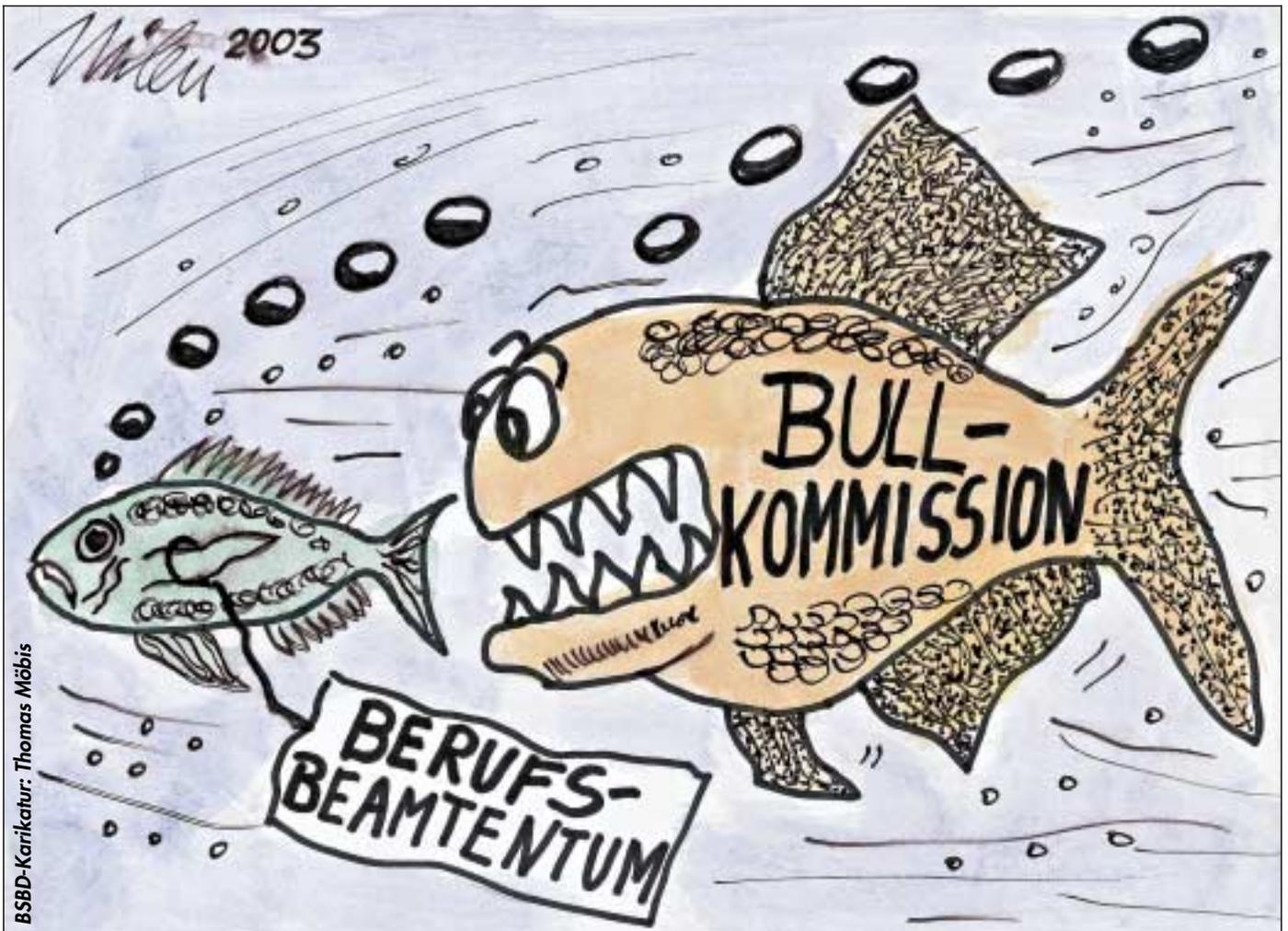


Im Facheil:

**JVA Untermaßfeld – Vom Zuchthaus zur Justizvollzugsanstalt  
Geschichten aus der Geschichte**

**3**

Mai 2003



Die Büchse der Pandora geöffnet

## Beamte auf dem Weg vom „Sparschwein“ bis hin zur „Notschlachtung“

Das allgemeine Wehklagen über die schlechte Finanzlage in Bund, Ländern und Gemeinden gehört mittlerweile zum eingübten Repertoire unserer Politiker, ganz gleich wo sie angesiedelt sind.

Und in der Tat, nach kürzlich veröffentlichten Erhebungen des Statistischen Bundesamtes in Wiesbaden steht die deutsche Volkswirtschaft am Rande einer Rezession. Zur Abwendung der Staatspleite(n) – wie etwa in Berlin – debattieren die gut dotierten Damen und Herren auf den „politischen Stühlen“ bereits seit geraumer Zeit über verschiedenste Maßnahmen. Als Hauptverursacher der mancherorts zweifellos beklagenswerten fiskalischen Schiefelage haben die Politprofis die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes ausgemacht. Sie, die Beamten, Angestellten und Arbeiter sind angeblich zu teuer und arbeiten zu wenig effizient. Und es sind auch die Kosten für „die Versorgung der pensionierten Beamten, die die Politik vor eine enorme Herausforderung stellt“, wie kürzlich NRW's Ministerpräsident

Peer Steinbrück im Düsseldorfer Landtag erklärte. Kein selbstkritisches Wort über die Verantwortlichkeit derer, die die Gesetze und Rechtsverordnungen erlassen. Kaum jemand – mit Ausnahme der Betroffenen selbst – interessiert sich für die seit Jahren dauernde Nadelstichtaktik der ständigen direkten und indirekten Abschmelzung der Nettoeinkommen der Beamten. Vielmehr werden selbsternannte Fachleute nicht müde, ihrem Publikum trotz der fortwährenden Beschneidung der Beihilfen im Krankheitsfall und der ständigen gravierenden Einschnitte in die Besoldung und Versorgung, diese als Segnung der Beamten mit Privilegien „zu verkaufen“. Auch kein Wort über den ständig



Wilhelm Bokermann analysiert die auf Bundes- und Länderebene entwickelten angeblichen Reformbemühungen

fortschreitenden Stellenabbau, einhergehend mit entsprechender Arbeitsverdichtung bei den Übrigbleibenden. Der Fairness halber sei angemerkt, dass der abgewählte Ministerpräsident von Niedersachsen, Sigmar Gabriel, kürzlich eingeräumt hat, dass der öffentliche Dienst nun wirklich seinen Beitrag zur Sicherung der Haushalte leiste.

### „Öffnungsklauseln“

Weiter so? Warum nicht – die Staatsdiener sind doch zu Arbeitsfleiß und Loyalität ihrem Dienstherrn gegenüber verpflichtet. Und wieder wird die *Büchse der Pandora* geöffnet. Ans Licht drängen die im Rahmen der Berlin-Initiative zur Sanierung der öffentlichen Haushalte erfundenen „Öffnungsklauseln“. Dabei geht es vorrangig um die Kürzung der Sonderzuwendung und die des Urlaubsgeldes. Nach langem Hin- und Hergerzerre – und trotz anders lautender Emp-

fehlungen seiner Ausschüsse – hat der Bundesrat am 14. 03. 2003 folgenden Gesetzentwurf beim Deutschen Bundestag eingebracht:

„Durch Landesgesetz kann bestimmt werden, dass von dem bundesgesetzlich festgelegten Bemessungsfaktor der Sonderzuwendung abgewichen wird. Bei Abweichung nach oben darf eine Obergrenze von 100 v.H. des Grundbetrages der Sonderzuwendung nicht überschritten werden. Außerdem kann im Landesgesetz eine andere Zahlungsweise bestimmt und festgelegt werden, dass die Sonderzuwendung ruhehaltfähig ist und/oder an den regelmäßigen Anpassungen (nach § 14 BBesG) teilnimmt.“

Beim Urlaubsgeld ist der landesrechtliche Gestaltungsspielraum nur auf die Höhe der Leistung beschränkt.

„Durch Landesgesetz kann von der Höhe des Urlaubsgeldes (zur Zeit 255,65 EUR / 332,34 EUR) nur nach unten abgewichen werden.“

Die Bundesregierung steht dem Gesetzentwurf des Bundesrates positiv gegenüber und will auch den Bund in das Regelungswerk einbringen. So heißt es in dem Gesetzentwurf des Bundesministers des Innern u.a.:

„Die eigenverantwortlichen Gestaltungsspielräume für jährliche Sonderzahlungen müssen gleichermaßen auch dem Bund für seine eigenen Beschäftigten ermöglicht werden.“

In Gesprächen mit dem Bundesminister des Innern, **Otto Schily**, hat die **DBB**-Spitze u.a. nachdrücklich herausgestellt, dass die geplante Öffnung der Besoldung zu massiven und sozial unausgewogenen

Eingriffen in das Jahres- und Lebenszeiteinkommen der Beamten führt. So gehöre die Sonderzuwendung seit Mitte der 60er Jahre und das Urlaubsgeld seit Mitte der 70er Jahre zum Jahres- und Lebenszeiteinkommen der Beamten. Mehr als fraglich bleibt nach Auffassung des **DBB** im übrigen, ob mit den Einsparungen der letzten Jahre und den sog. „Reformmaßnahmen“ insgesamt überhaupt noch eine Besoldung gewährleistet ist, die durch die Summe der einzelnen Besoldungs- und Versorgungsanteile eine angemessene Alimentation im Sinne der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts sicherstellt.

Laut „Die Welt“ vom 24. April 2003 vermag der Bundesminister des Innern indes keine verfassungsrechtlichen Bedenken ob seiner Planungen zu erkennen. So gehörten die jährlichen Sonderzuwendungen und das Urlaubsgeld nicht zum Kernbereich der Alimentation und seien daher nicht vom Grundgesetz geschützt. Im übrigen, so **Schily**, sei der Antrag Berlins mit einer 10 % igen Bezügeabsenkung nicht einbezogen worden. Jedoch schließt der Bundesminister des Innern nach Reallohnzuwächsen der letzten Jahre reale Einkommensverluste für die Zukunft nicht aus. – Offenkundig hat der Bundesminister des Innern verkannt, dass sich die Amtsgemessenheit der Alimentation nicht nach den einzelnen Bezügebestandteilen beurteilen lässt, sondern vielmehr nach den Nettoeinkommen insgesamt.

Am 20. Mai d.J. will das Bundeskabinett voraussichtlich über die Vorlage des BMI beraten.

tentums von CDU kritisiert“ (Kölner Rundschau)

- „Steinbrück will öffentlichen Dienst zügig reformieren“ (WAZ)
- „Steinbrück: NRW-Beamte bekommen weniger Geld“ (Westfälische Rundschau)

Ursächlich für diese „ermunternde“ Überschriftensammlung war eine am Vortag von **Peer Steinbrück** abgegebene Regierungserklärung zum Thema „Zukunft des öffentlichen Dienstes – öffentlicher Dienst der Zukunft“, in der der Regierungschef den Bericht der „**Bull-Kommission**“ den NRW-Parlamentariern als „eine umfassende Wegweisung“ vorgestellt hatte. „Die Landesregierung ist überzeugt davon, dass die Richtung dieser Studie stimmt. Die Analyse der bestehenden Defizite ist insgesamt zutreffend, und die Lösungswege, die aufgezeigt werden, lassen grundlegende Verbesserungen erwarten“, stellte der Ministerpräsident fest.

## Um was geht es?

Eine unter Vorsitz von **Prof. Dr. Hans-Peter Bull** – ehemals Innenminister des Landes Schleswig-Holstein – im Frühjahr 2001 auf Beschluss der Landesregierung NRW gebildete Kommission hatte Anfang 2003 ihren Abschlussbericht „Zukunft des öffentlichen Dienstes – öffentlicher Dienst der Zukunft“ vorgelegt.

Die Kommission hatte den Auftrag, die künftigen Anforderungen für den öffentlichen Dienst zu untersuchen, einhergehend mit der Entwicklung von Lösungs- bzw. Veränderungsvorschlägen. Den ihr erteilten Auftrag hat die Kommission weit ausgelegt und dabei die Reform des öffentlichen Dienstrechts in größerem Zusammenhang einer umfassenden Modernisierung von Staat und Verwaltung gestellt. Sie gelangt zu dem **Ergebnis**, dass die öffentliche Verwaltung den aktuellen Herausforderungen nicht gerecht wird und erkennt als eine wesentliche Ursache dafür die „hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums“.

Aber auch das geltende **Arbeits- und Tarifrecht** wird als unflexibel und nicht leistungsorientiert beschrieben. Wörtlich heißt es u.a.:

„...Dabei ist das Arbeitsrecht des öffentlichen Dienstes im Laufe der Entwicklung flexibler geworden als das Beamtenrecht und das Arbeitsrecht der Privatwirtschaft.“

Die „**Bull-Kommission**“ schlägt ein **einheitliches Dienstrecht** unter Einführung eines neuen einheitlichen Entgeltsystems im Rahmen eines sog. „Gesetz-Tarif-Modells“ vor. Wesentliche Merkmale des einheitlichen Dienstrechts sollen sein:

- Einheitlicher Beschäftigungsstatus auf privatrechtlicher Grundlage
- Leistungsorientierte Bezahlung
- Zulässigkeit von Arbeitskämpfen
- Gültigkeit des allgemeinen Kündigungsschutzes

Für die als „Kernaufgabe“ definierten Bereiche von Polizei, Justiz, Streifkräften

## Und wie verhält sich NRW?

Bereits am 9. April 2003 hatte der nordrhein-westfälische Ministerpräsident **Peer Steinbrück** im Rahmen einer Regierungserklärung im Landtag zu Düsseldorf u.a. ausgeführt:

„...Ein Schritt zu mehr Flexibilität bei der Besoldung der Beamten verspricht die Initiative, die der Bundesrat übrigens am 14. März verabschiedet hat. Danach sollen die Länder künftig über Weihnachtsgeld und Urlaubsgeld in größerer Selbständigkeit entscheiden können. Ich füge aus gegebenem Anlass hinzu: das wird in erster Linie nicht Erhöhungen sondern Einschnitte in diese Leistungen bedeuten. Das lege ich an dieser Stelle offen, weil es keinen Sinn macht, drum herum zu reden...“

Dass der SPD-Vormann damit eine Entwicklung unterstützt, die die bundesweit einheitliche Besoldung, die gleiche Bezahlung für gleiche Leistung garantiert, auf's Spiel setzt, mag ihn weniger interessieren. Wo bleibt jedoch die von den politischen Verantwortungsträgern immer wieder geforderte Modernisierung und Weiterentwicklung der Besoldung? Einmal mehr erliegen sie dem Beschreiten eines „Holzweges“, der über kurz oder lang zum personellen Ausbluten der finanzschwachen Bundesländer im Wettbewerb um qualifi-

zierte Mitarbeiter und zurück in die Kleinstaaterei führen wird. Wirkliche Sachargumente für die Öffnungsklauseln, die zur Zertrümmerung der bundeseinheitlichen Besoldung führen werden, haben die auf ihren „politischen Stühlen“ sitzenden Großverdiener jedenfalls nicht. Im übrigen erscheint es im Hinblick auf Art. 74 a, 75 und 72 GG verfassungsrechtlich nicht unbedenklich, wenn die Haushaltsmisere einzelner Länder als Rechtfertigungsgrund für Öffnungsklauseln dienen soll.

## Die „Bull-Kommission“

Am 10. April 2003 lauteten die Überschriften vieler der in Nordrhein-Westfalen erscheinenden Tageszeitungen:

- „Landtag streitet um Beamtenstatus“ (Westfalen-Blatt)
- „NRW steckt in der Pensionsfalle“ (Aachener Zeitung)
- „Steinbrück will Beamte abschaffen“ (Bild)
- „Steinbrück sieht große Vorteile – Pläne zur Abschaffung des Berufsbeam-

und Finanzverwaltung soll es auch künftig im wesentlichen eigene öffentlich Beschäftigte geben. Wegen der Wahrnehmung besonderer Pflichten und besonderer Loyalität dieses Personenkreises akzeptiert die „**Bull-Kommission**“ hier u.a. einen verstärkten Kündigungsschutz.

Die Behauptung der Kommission, die hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums und das noch inflexiblere Arbeitsrecht des öffentlichen Dienstes seien verantwortlich dafür, dass die öffentliche Verwaltung nicht funktioniere, muss als **böswillige Unterstellung** mit allem Nachdruck zurückgewiesen werden.

Aber auch die „neue“ Aufgabenstellung des Staates mit „Kernaufgaben“ und „Gewährleistungsaufgaben“ begegnet erheblichen verfassungsrechtlichen Bedenken. So sind Eingriffsverwaltung und sozialstaatliche Verwaltung als Grundlage unseres Staates mit Verfassungsrang ausgewiesen, deren Gewährleistung durch das Berufsbeamtentum garantiert wird.

Unabhängig davon bleibt dieser Modellentwurf den Beweis dafür schuldig, welche Verbesserungen gegenüber dem geltenden Beamtenrecht bewirkt werden sollen.

Abgesehen davon wird die Einbeziehung der Beamten in die gesetzliche Rentenversicherung – und in ein zusätzliches kapitalgedecktes System – zwangsläufig zu einer spürbaren Mehrbelastung des Lan-

deshaushalts führen. Ob NRWs Finanzminister **Jochen Dieckmann** das wohl bedacht hat?

Außerdem fordert die „**Bull-Kommission**“ die **Aufhebung der Personalvertretungsgesetze**. Um das dadurch entstehende Vakuum ausfüllen zu können, wird die nordrhein-westfälische Landesregierung aufgefordert, im Rahmen einer Bundesratsinitiative ein „Gesetz zur Angleichung des Mitbestimmungsrechts des öffentlichen Dienstes an das der Privatwirtschaft“ einzubringen, um so die „Überfüllung der Mitbestimmung“ im öffentlichen Dienst auszuhebeln. – Eine mehr als deutliche Sprache, die wohl kaum einer Kommentierung bedarf.

Dies sind nur die „Spitzen“ des von der „**Bull-Kommission**“ losgetretenen Eisberges. Es mag weniger interessierte Zeitgenossen zwar beruhigen, wenn Ministerpräsident **Peer Steinbrück** in seiner Regierungserklärung den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes „*hervorragende Arbeit*“ bescheinigt und die Kritik der Kommission „als nicht gegen die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes gerichtet“ sieht. Es hört sich auch gut an, wenn der Regierungschef erklärt: „...*Die Berufsverbände der Beschäftigten sollen nach den Vorschlägen der Kommission künftig ein erhebliches Mehr an Verantwortung tragen...*“ Dass indes den Berufsverbänden gleichzeitig das Instrumentarium des Per-

sonalvertretungsrechts – und damit der Zugang als wesentliche Voraussetzung für ein wirksames Eintreten für die Belange der Beschäftigten – aus der Hand geschlagen werden soll, stimmt bedenklich. Ist der ein Schelm, dem Böses dabei schwant?

Nicht minder auffallend lautet die Feststellung des Ministerpräsidenten: „...*Im öffentlichen Dienst brauchen wir in Zukunft auch deutliche Leistungsanreize*“, um dann einzugestehen, „...*das unser Versuch in den Jahren 1999 und 2000, als ein mögliches Element eines größeren Leistungsanreizes Leistungsprämien zu gewähren, an Haushaltszwängen gescheitert ist.*“ Dabei hat der Regierungschef einfach „vergessen“ hinzuzufügen, dass die Beträge für Leistungsprämien und Leistungszulagen den Beamten zuvor bereits von der Besoldung abgezogen und im Moloch *Haushalt* „verfrühstückt“ worden sind. Da lassen auch noch so schöne Absichten und Dankesworte des „Landesvaters“ berechtigte Zweifel an deren Aufrichtigkeit aufkommen – oder?

**Es sollte niemanden verwundern, wenn die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, insbesondere aber die Beamten, im Hinblick auf diese Art von Fürsorgepflichtenerfüllung des Landes ihre Einstellung zu ihrer beruflichen Verpflichtung einer kritischen Prüfung unterziehen.**

BSBD-Seminar in Paderborn fand Anklang:

## Strafvollzugsbedienstete zunehmend verunsichert

**D**ass den Strafvollzugsbediensteten die Entwicklung des Vollzuges und ihrer Arbeitsbedingungen nicht gleichgültig sind, konnte Werner Everszumrode, Vorsitzender des Ortsverbandes Bielefeld-Oberems, anlässlich des von ihm initiierten und veranstalteten Seminars erfahren. Die verfügbaren Plätze waren völlig überbucht. Der Vorsitzende hatte sich zum Ziel gesetzt, den BSBD-Aktivisten einerseits die neuen Steuerungsmodelle am Beispiel der Polizei vorzustellen und andererseits zu Medienberichten der jüngsten Vergangenheit Stellung zu nehmen. Als profunde Sachkenner und Fachleute konnten Hans-Joachim Roth, Leiter der JVA Bielefeld-Senne, Rainer Wendt, Vorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft NRW, sowie Klaus Jäkel, BSBD-Landesvorsitzender, gewonnen werden.

Im Mittelpunkt der Diskussionen mit **Hans-Joachim Roth** stand die zunehmende Kritik, der sich die JVA Bielefeld-Senne seit Monaten ausgesetzt sieht. Seitens der Beschäftigten wurde die Sorge geäußert, dass die Beschädigung des Ansehens dieser an sich von der Bevölkerung akzeptierten Vollzugseinrichtung nicht ohne mittel- und langfristige Auswirkungen bleiben könne. Durch die fortlaufenden Medienberichte über mangelnde Sicherheitsmaßnahmen in den Außenstellen der JVA Bielefeld-Senne und durch die ständigen Planungsänderungen hinsichtlich der Fenstervergitterungen steige der Unmut in der Bevölkerung. Bürgervereinigungen hätten sich bereits gegründet, der Stadtrat Bielefeld fordere die Behördenleitung über die Medien zur



**Rainer Wendt, NRW-Vorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft, Werner Everszumrode, OV-Vorsitzender Bielefeld-Oberems, und Klaus Jäkel, BSBD-Landesvorsitzender NRW, informierten über personal- und vollzugspolitische Entwicklungen in NRW.**

Stellungnahme auf und die bisherige Akzeptanz der Vollzugseinrichtung in der Bevölkerung beginne langsam zu bröckeln. In dieser Situation, so die überwiegende Meinung der Seminarteilnehmer, müsse entschlossen gegengesteuert werden, um das Ansehen der JVA Bielefeld-Senne nachhaltig zu verbessern.

Lasse man die Diskussion einfach laufen, bestehe die Gefahr, dass sie von interessierter Seite geschürt und gelenkt werde, was nicht im Interesse des Vollzuges liegen könne. Vermehrt würden jetzt Fragen gestellt, welche Klientel überhaupt in der Anstalt untergebracht sei. Es werde nach der Schwere der begangenen Straftaten, der Länge der Strafzeiten und der Häufigkeit von Entweichungen und Urlaubsmisbräuchen gefragt.

Gleichzeitig würden die Kolleginnen und Kollegen mit dem Stilmittel der Karikatur unwidersprochen der Lächerlichkeit preisgegeben. In bundesweit verbreiteten Zeitungsberichten erfahre die JVA Bielefeld-Senne fortwährend Kritik und entwickle einen zunehmenden Unterhaltungswert.

**Hans-Joachim Roth** äußerte Verständnis für die Verunsicherung der Bediensteten. Er ließ keinen Zweifel daran, dass sich die Anstaltsleitung der Öffentlichkeitsarbeit mit ganzer Kraft widmen werde. Sein Ziel sei es, die Gemüter

wieder zu beruhigen und vertrauensbildend zu wirken. Dieses Ziel gedenke er durch möglichst transparentes Handeln in allen die Öffentlichkeit interessierenden Bereichen zu verwirklichen.

Zwischenzeitlich sieht sich NRW-Justizminister **Wolfgang Gerhards** im Rechtsausschuss drängenden Fragen der Fraktionen nach der Sicherheit der JVA Bielefeld-Senne ausgesetzt, obwohl aus diesem Gremium die Entfernung der in einigen Außenstellen vorhandenen Fenstergitter gefordert worden war.

nen Einschätzung nach einer ungewissen Zukunft entgegen. Das Durchschnittsalter im mittleren Verwaltungsdienst liegt derzeit bei 54 Jahren. Der Personalbestand ist zwischenzeitlich derart abgeschmolzen worden, dass bei einem unvorhergesehenen Ausfall Umsetzungen über die jeweiligen Sachgebiete hinaus vorgenommen werden müssten, was bei den Beschäftigten

verständlicherweise nicht zur Verbesserung von Motivation und Arbeitszufriedenheit beiträgt.

Für **Hans-Joachim Roth** sieht sich die JVA Bielefeld-Senne in den kommenden Jahren mit besonderen Herausforderungen konfrontiert. Er sicherte zu, dass er die Weiterentwicklung des Vollzuges unter weitreichender Beteiligung der Beschäftigten anstreben werde.

## Kritik ist der Ausgangspunkt jeder Veränderung

Darüber hinaus interessierten sich die Seminarteilnehmer für die künftige konzeptionelle Vollzugsgestaltung in der JVA Bielefeld-Senne. Die permanente Ausweitung der Belegungsfähigkeit der einzelnen Außenstellen, so die Kolleginnen und Kollegen, könne nicht länger ohne Auswirkungen auf die Personalausstattung bleiben. Bereits im Vorfeld entsprechender Baumaßnahmen müssten Überlegungen zum Personalbedarf angestellt werden, nicht erst nach dem Abschluss der Bauarbeiten. Auch die Verfügbarkeit von Ar-

beitsplätzen für Gefangene gelte es frühzeitig zu überprüfen. Die derzeit 200 beschäftigungslosen Gefangenen stellen die Einrichtung bereits jetzt vor erhebliche Probleme. Diese Zahl dürfe sich keinesfalls weiter erhöhen, da die Personalausstattung der Außenstellen auf dem Zustand der Vollbeschäftigung der Gefangenen basiere. Hielten sich tagsüber vermehrt Gefangene in den Außenstellen auf, müsse dies Konsequenzen für die Personalausstattung haben. Auch die Beschäftigten der Verwaltung gehen ihrer eige-

## Polizei sieht neue Steuerungsmodelle überwiegend negativ

**Rainer Wendt**, Vorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft NRW, stellte den Seminarteilnehmern die Erfahrungen mit der Einführung der neuen Steuerungsmodelle und mit der Umsetzung der Personalentwicklungskonzepte im Bereich der Polizei vor. Nach Wendts Auffassung sind die Neuerungen nicht grundsätzlich zu kritisieren, allerdings führten sie zu erheblichen Personalbindungen. Dies gelte besonders für Mitarbeitergespräche und den Abschluss von Zielvereinbarungen. **Wendt** erklärte, die Ergebnisse einer zwischenzeitlich durchgeführten Befragung von Polizeibeamten zu Sinn und Zweck der Einführung der neuen Steuerungs-

modelle hätten den Nachweis erbracht, dass die Kritik überwiege. Den Polizeibeamten sei der personelle Aufwand für die neue Konzeption einfach zu groß. Statt auf der Straße präsent zu sein, säßen die Kolleginnen und Kollegen vielfach in Konferenzen und Besprechungen herum. Nach **Wendts** Auffassung seien die Befürworter der Verwaltungsmodernisierung überwiegend in den Kreisen jener Polizeibeamten anzutreffen, die mit der Umsetzung der neuen Konzeption betraut seien.

## Eckpunkte des Reformprozesses

**BSBD**-Landesvorsitzender **Klaus Jäkel** informierte die Tagungsteilnehmer über die aktuellen gewerkschaftlichen Entwicklungen. Keinen Zweifel ließ er daran, dass der **BSBD** die Modernisierung der Verwaltung für erforderlich und unumkehrbar ansieht. „Wir brauchen Bürokratieabbau, eine effiziente Verwaltung und einen qualifizierten, leistungsfähigen öffentlichen Dienst“, stellte **Jäkel** klar. Nach vielen Jahren des konzeptionellen Stillstandes bestehe Reformbedarf. „Eine Umgestaltung der Verwaltungsabläufe“, forderte **Jäkel**, „ist nur mit den Beschäftigten nicht gegen sie möglich, übereilte Schritte sind zu vermeiden, weil sich Überforderungen als kontraproduktiv für den Reformprozess erweisen werden.“ Von den politischen Verantwortlichen forderte **Jäkel** ein kalkulierbar-verlässliches Verhalten. Hieran habe es



Während einer Tagungspause stellen sich die Seminarteilnehmer dem Fotografen.

in der Vergangenheit gefehlt. So seien leistungsbezogene Bezahlungsbezüge eingeführt worden, die den Kolleginnen und Kollegen allerdings unter Hinweis auf die miserable Finanzlage des Landes überwiegend vorenthalten worden seien.

Auf diese Weise, stellte der Gewerkschafter klar, könne kein gegenseitiges Vertrauen wachsen.

Der gesamte öffentliche Dienst steht nach Meinung des

BSBD-Chefs gegenwärtig auf dem Prüfstand. Ursächlich hierfür seien die maroden Haushalte der Gebietskörperschaften. Diese Situation verschärfe sich zusätzlich durch den kurzatmigen Zugriff der Haushaltssanierer, die den Vollzug in diesem Jahr eine pauschale Ausgabenkürzung von 12,3 Mio. Euro zumuten. Dies kann nach Ansicht **Jäkels** nicht ohne spürbare Folgen und Auswirkungen auf den Vollzug bleiben.

## Missglückte Informationspolitik

Massiv kritisierte **Jäkel** die Öffentlichkeitsarbeit des **DBB** im Zusammenhang mit der Diskussion um das Weihnachtsgeld und das Urlaubsgeld. Hier seien den Mandatsträgern und Mitgliedern eine gute Absicht

überaus dilettantisch vermittelt worden. Die Einrechnung des Weihnachtsgeldes in die Grundgehaltstabelle wäre ein Schritt in die richtige Richtung gewesen. Dies werde allein durch die Tatsache belegt,

## Glosse

### Tach auch

Justus V. Anonymus



**N**a, wie isset? Immer noch keine Gehaltserhöhung? Ich auch nich. Ob dat wohl noch mal wat wird? Letztens sprach mich de Leo vom Personalrat an: „Welches ständige Zeitguthaben wird von dir im Rahmen eines zeitsouveränen Stundenkontos angestrebt?“ Ich kuck den an, als wär de von Starwors Episode II direkt in die JotVauA jebiehm worden.

„Hä? Will-se misch veräp-peln? Kannse nich mehr Deutsch reden?“ – „Doch, doch“, sät de Leo, „aber der Personalrat muss das für unsern Präsi feststellen. Es geht um die Erhebung der Mehrarbeitsstunden im allgemeinen Vollzugsdienst.“ – „Ja, aber wat meinse denn mit dem Satz?“ – „So genau habe ich das auch nicht kapiert. Ich nehme an, der Präsi will wissen, wie viele Überstunden im

Schnitt in unserer JVA noch von den Bediensteten als akzeptabel angesehen werden. Außerdem fragt er nämlich noch, bis zu welcher Höhe die Ansammlung von Mehrarbeitsstunden sowohl von den Bediensteten als auch von der Personalvertretung noch toleriert wird.“ – „Hm,“ sach ich, „da steckt doch watt dahinter...“

Ja, un jetzt bin ich die ganze Zeit am simulieren, wat da wohl hinterstecken könnte. Irrendwie is dat Trick siebzehn mit Selbsüberlistung. Wennse sachs, du tolerierst wenig Überstunden, dann brauchen se dir auch keine mehr auszu-

## Was ist ein zeitsouveränes Stundenkonto?

zahlen. Wennse sachs, dat du viel Überstunden tolerierst, dann krisse ordentlich Überstunden aufbrummt. Na ja, am Ende müssen wir ja sowieso wieder unsern Kopf hinhalten. Oje, schon widder so spät? Jetzt aber schnell. Tschö bis später.

Euer Justus V. Anonymus

## Kleine Weisheiten

*Wer nichts verändern will, der wird auch das verlieren, was er bewahren möchte.*

Gustav Heinemann, dt. Bundespräsident, 1899 – 1976

\*

*Den ungerechtesten Frieden finde ich immer noch besser als den gerechtesten Krieg.*

Marcus Tullius Cicero, röm. Staatsmann und Redner, 106 – 43 v. Chr.

\*

*Geschickte Reden und ein zurechtgemachtes Äußeres sind selten ein Zeichen von Mitmenschlichkeit.*

Konfuzius, chin. Philosoph, 551 – 479 v. Chr.

\*

*Der einzige Unterschied zwischen dem Heiligen und dem Sünder ist, dass der Heilige eine Vergangenheit hat und jeder Sünder eine Zukunft.*

Oscar Wilde, irisch-engl. Schriftsteller, 1854 – 1900



*Unter Intuition versteht man die Fähigkeit gewisser Leute, eine Lage in Sekundenschnelle falsch zu beurteilen.*

Friedrich Dürrenmatt, schweiz. Schriftsteller, 1921 – 1990

\*

*Wende dich stets an fremde Götter. Sie hören dich außer der Reihe an.*

Stanislaw Jerzy Lec, pol. Aphoristiker und Diplomat, 1909 – 1966

\*

*Kein Mensch ist unersetzbar.*

Wilhelm von Humboldt, dt. Staatsmann und Philosoph, 1767 – 1835

dass die meisten Landtage Entsprechendes für die Abgeordnetenentscheidungen beschlossen hätten. Die „Erläuterung dieser Absicht jedoch über die Frankfurter Allgemeine Zeitung vorzunehmen, war eine grobe Fehleinschätzung und hat unsere Mandatsträger ohne Not in Erklärungsschwierigkeiten gebracht“, beanstandete der Gewerkschafter die Öffentlichkeitsarbeit des **DBB**.

„Wenn die gewerkschaftliche Konkurrenz von ver.di allerdings glaubt, dass Vorgehen des **DBB** kritisieren zu müssen, dann ist dies an Verlogenheit nicht mehr zu überbieten.“

So habe der Regierende Bürgermeister von Berlin, **Klaus Wowereit**, bereits zum Ausdruck gebracht, dass ver.di wohl kaum glaubhaft für die Sicherung von Weihnachtsgeld und Urlaubsgeld im öffentlichen Dienst eintreten könne. Schließlich wolle ver.di seinen eigenen Mitarbeitern sowohl Weihnachtsgeld als auch Urlaubsgeld vorenthalten und zudem die Wochenarbeitszeit

ohne Lohnausgleich kürzen, erläuterte **Jäkel**. „Wie will solch eine Gewerkschaft ernsthaft und wirksam die Interessen der Beschäftigten im öffentlichen Dienst vertreten, wenn sie im „eigenen Stall“ rigoros nach Gutsherrenart mit ihren Beschäftigten verfährt. Nicht an ihren Worten, an ihren Taten könnte Ihr sie erkennen!“, rief **Jäkel** unter dem stürmischen Applaus der Seminarteilnehmer aus.

Alle Teilnehmer der Veranstaltung waren sichtlich beeindruckt von der Fülle interessanter Informationen. Bereits unmittelbar nach der Veranstaltung meldeten sich zahlreiche Beschäftigte, die sich für die Wiederholung eines solchen Seminars aussprachen. Selbst bei der gewerkschaftlichen Konkurrenz Organisierte haben Interesse an einer Teilnahme gezeigt.

**OV-Vorsitzender Werner Eversumrode** versicherte, alle Bediensteten der JVA fortlaufend zu informieren und im Herbst ein weiteres Seminar anzubieten.

## Wir danken unseren Wählern!

BSBD erzielt hervorragendes Ergebnis bei der Wahl der neuen Stufenvertretung

**Die Wahl am 19. März 2003 hat wiederum den Beweis erbracht: Der BSBD ist und bleibt die bestimmende gewerkschaftliche Kraft im Bereich des Strafvollzuges.**

Anlässlich des Urnengangs zur Wahl der neuen Stufenvertretung beim Landesjustizvollzugsamt Nordrhein-Westfalen konnte der **BSBD** 12 der insgesamt 15 zu vergebenden Mandate erringen. Bei einer relativ geringen Wahlbeteiligung konnte der **BSBD** seine dominierende Position behaupten. Dieses eindeutige Votum der Kolleginnen und Kollegen hat unseren Kandidatinnen und Kandidaten zu überwältigenden Mehrheiten verholfen. Das Wahlergebnis empfinden die Mandatsträger des **BSBD** als Herausforderung und Verpflichtung, für die Sicherung und Durchsetzung der spezifischen Berufsinteressen der Strafvollzugsbediensteten unter Einsatz aller ihrer Möglichkeiten zu kämpfen. Zu danken hat der Landesverband all jenen Kolleginnen und Kollegen, die unsere Fachgewerkschaft vor Ort repräsentieren und die die gewerkschaftliche Arbeit für den Ein-

zelen unmittelbar erfahrbar machen. Mit großem persönlichen Einsatz, Einfühlungsvermögen und Überzeugungskraft haben sie die herausragenden gewerkschaftlichen Erfolge des **BSBD** vorgestellt und damit die Grundlage für das hervorragende Wahlergebnis gelegt. Zwischenzeitlich hat sich die neue Stufenvertretung konstituiert. Zum Vorsitzenden ist **Klaus Jäkel** (Bielefeld) gewählt worden. Zu stellvertretenden Vorsitzenden wurden die Kollegen **Erwin Rosengart** (Dortmund) und **Theo Wiczorek** (Wuppertal) berufen.

### Beamte

**BSBD:** 10  
Ver.di: 2

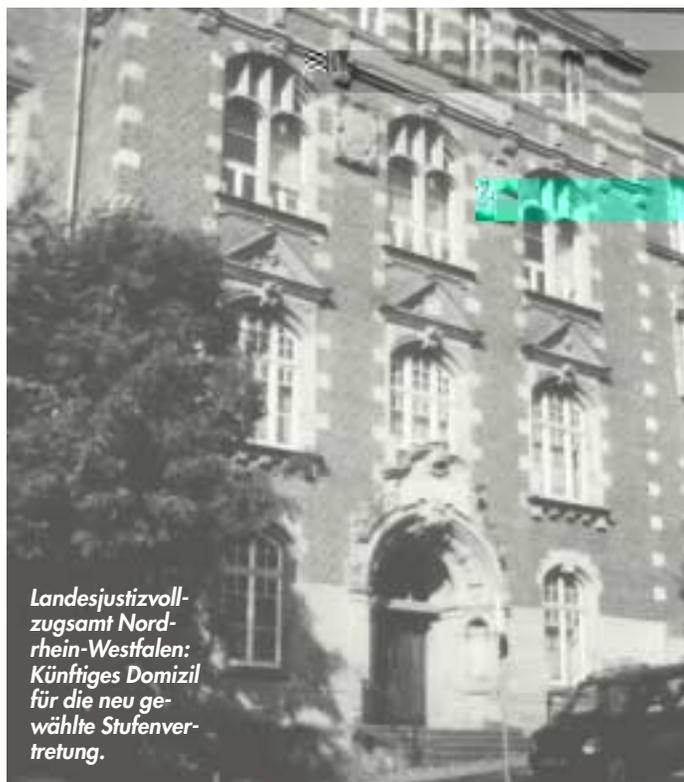
### Angestellte

**BSBD:** 1  
Ver.di: 1

### Arbeiter

**BSBD:** 1  
Ver.di: 0

Die gewerkschaftliche Konkurrenz von Ver.di hat die Wahl eindeutig verloren. In vie-



Landesjustizvollzugsamt Nordrhein-Westfalen: Künftiges Domizil für die neu gewählte Stufenvertretung.



**Klaus Jäkel:** Die Neuwahl der Stufenvertretung hat einen in dieser Deutlichkeit nicht für möglich gehaltenen Vertrauensbeweis für die Mandatsträger des BSBD erbracht. Mit diesem Pfund werden wir wuchern müssen, um die gewerkschaftlichen Herausforderungen der Zukunft erfolgreich zu bestehen.

len Vollzugseinrichtungen ist sie deutlich unter die 20-Prozent-Marke gerutscht.

### Verteilungsspielräume deutlich enger

Entsprechend gut gelaunt kommentierte **BSBD**-Chef **Jäkel** das Wahlergebnis: „Durch das Votum der Kolleginnen und Kollegen sehen wir uns in unserer Arbeit bestätigt. Es ist beruhigend, dass die Wähler sachgerechte Interessenvertretung auch dann anerkennen, wenn die Verteilungsspielräume deutlich enger werden“.

Um die spezifischen Interessen der Berufsgruppenminderheit der Strafvollzugsbediensteten wirksam vertreten zu können, ist größtmögliche Einigkeit zwingende Voraussetzung.

In diesem Sinne ist das herausragende Ergebnis des **BSBD** bei dieser Nachwahl Ermutigung und Ansporn, die berechtigten Anliegen des Strafvollzuges und der Kolleginnen und Kollegen gegenüber den politischen Entscheidungsträgern sachgerecht und mit dem gebotenen Nachdruck zu vertreten und durchzusetzen.

Hinsichtlich der Vertretung der Interessen der öffentlich Beschäftigten ist die Luft rauer geworden. Seitens der Poli-

tik wird auf vielfältige Weise der Versuch unternommen, durch ständiges Gerede von den „Privilegien“ des öffentlichen Dienstes erfolgreich abwehren zu können, sind Einigkeit und Solidarität mit dem **BSBD** wichtiger denn je. Denn auch für Strafvollzugsbedienstete gilt: „**Einigkeit macht stark**“ und „**Gemeinsam erreichen wir mehr!**“

### Vertrauensbeweis ist Verpflichtung den bisherigen Weg sachkritischer Gewerkschaftsarbeit fortzusetzen

Allen unseren Wählerinnen und Wählern danken wir für das herausragende Wahlergebnis. Für den **BSBD** und seine Kandidatinnen und Kandidaten ist dieser Vertrauensbeweis Verpflichtung, den bisherigen Weg einer ausschließlich an den Interessen der Kolleginnen und Kollegen orientierten sachkritischen Gewerkschaftsarbeit fortzusetzen. Ziel des **BSBD** wird es darüber hinaus sein, den Strafvollzugsbediensteten eine aufgabenangemessene Dotation zu sichern und die Verbesserung der ihnen zustehenden sozialen Anerkennung zu erreichen.

## Kommunikation per Internet künftig gefährdet?

**Kaum ist die IT-Technik flächendeckend im Bereich des Vollzuges eingeführt, da zeichnen sich bereits ernste Schwierigkeiten ab.**

Amerikanische Forscher haben ermittelt, dass innerhalb von nur drei Jahren jede zweite E-Mail virusinfiziert sein wird. Bekannte und neu entwickelte Viren verbreiten sich in kurzer Zeit epidemisch über den ganzen Erdball. Betroffen sind allerdings nicht allein die Rechner von Behörden, Institutionen und Unternehmen; in arger Gefahr befinden sich vielmehr auch die Rechner der privaten Nutzer. Sind im professionellen Bereich die Systemfehler, die Microsoft mit seinen Massenprodukten gleich mitliefert, weitgehend ausgeglichen, so haben Viren und Hacker die Chance, diese Fehler zur Manipulation privater Rechner zu missbrauchen. Viele der im Umlauf befindli-



**Virusattacken werden Privatanutzer künftig vermehrt vor Probleme stellen.**

chen Viren verteilen sich mitunter selbsttätig. Sie installieren sich jedoch nicht automatisch auf einem System, sondern in der Regel erst dann, wenn die E-Mail geöffnet wird. Daher empfiehlt es sich, erst zu prüfen, ob die E-Mail aus einer sicheren Quelle stammt und erwartet wird. Ist dies nicht der Fall, sollte von der Öffnung der E-Mail Abstand genommen werden. Programmierfehler in den Programmen Outlook Express und Outlook können dazu führen, dass ein Virus bereits beim bloßen Anschauen einer E-Mail aktiv werden kann. Daher ist es erforderlich, die von Zeit zu Zeit von Microsoft herausgegebenen Sicherheitsupdates dieser Programme zu installieren. Sicherheitsupdates zum Outlook Express finden sich auf der Internet-Explorer-Update-Seite, Sicherheitsupdates zum Programm Outlook auf der Office-Update-Seite.

Einige Viren, beispielsweise „Loveletter“, verbreiten sich von einem befallenen Rechner aus automatisch per E-Mail weiter. Die MAPI-Schnittstelle ermöglicht es einem Programm oder Skript, automatisch E-Mails zu generieren und unbemerkt vom Benutzer zu versenden. Andere Viren, wie z.B. MTX, ersetzen Bibliotheken (bspw. Wsock32.dll), um auf jede empfangene E-



Mail automatisch eine Antwort zu schicken. Angreifer können auch die Makro-Programmiersprache der Office-Produkte missbrauchen, um einen Rechner mit einem Virus zu infizieren. Derartige Makro-Viren können sich in Office-Dateien und Office-Vorlagen verbergen, die ein Nutzer aus einer unsicheren Quelle des Internets bezogen hat. Wird eine derartige Datei geöffnet, installiert sich der Virus automatisch. In den neueren Word-Produkten ist ein spezieller Virenschutz installiert. Dieser warnt den Anwender, wenn er

eine Datei öffnet, die ein Makro enthält. Ein einmal eingeschleppter Makro-Virus kann nur mit einem professionellen Antivirus-Programm entfernt werden. Die Methoden der Viren-Produzenten werden immer raffinierter, sodass die Nutzer, wollen sie einigermaßen beruhigt kommunizieren, ihre Rechner stets mit aktuellen Anti-Virus-Toolkits schützen müssen. Diese Situation wird sich künftig weiter verschärfen. Datensicherheit wird deshalb auch für den Privatanutzer eine Problemstellung mit Priorität sein.

## Heute schon gelacht?

Verteidiger: „Zugegeben, der Angeklagte kniete mitten auf der Fahrbahn. Aber damit ist doch noch nicht bewiesen, dass er betrunken war!“  
Zeuge: „Nicht unbedingt, aber er versuchte auch noch, den weißen Mittelstreifen aufzurollen.“

\*

„Mein Mandant ist schon über sechzig Jahre alt“, gibt der Verteidiger zu bedenken. „Sie müssen verstehen, dass er da nicht mehr so ganz auf der Höhe ...“



„Herr Verteidiger, ich bin genauso alt und sehr wohl noch im Vollbesitz meiner körperlichen und geistigen Kräfte“, unterbricht der Richter unwirsch. „Ja, aber mein Mandant hat auch sein Leben lang hart gearbeitet.“

\*

Ein Professor angelt in den Ferien an einem See. Plötzlich steht ein Polizist hinter ihm und schnauzt ihn an:

„Mit welchem Recht angeln Sie denn hier?“ Gelassen dreht sich der Professor um: „Mit dem mir gegebenen Recht der Überlegenheit des genialen Intellekts über die mir unterlegene animalische Kreatur.“ „Entschuldigen Sie bitte,“ lenkt der Polizist ein, „man kann ja nicht alle neuen Gesetze kennen.“



Richter: „Stimmt es, dass die Angeklagte einen zweifelhaften Lebenswandel führt?“  
Zeuge: „Ganz eindeutig, Herr Richter. Ich habe sie schon mehrmals in Lokalen getroffen, die ich nie betreten würde.“

Aachen-Heinsberger Lauf-Team beim 23. Berliner Halbmarathon

## Selbstüberwindung, Durchhaltewillen und Härte waren gefragt

Die Aachener „Tivolistolche“ haben sich zwischenzeitlich bei den landesweit ausgeschriebenen Lauf-Events etabliert und ihren Bekanntheitsgrad dank ihrer extravaganten Outfits deutlich gesteigert. Gemeinsam mit einer Läufergruppe der JVA Heinsberg hatten sie für den 23. Berliner Halbmarathon gemeldet. Dass es diesmal eine besondere Herausforderung werden sollte, hatte sich den Mitgliedern der Läufergruppe bei der Anreise nach Berlin noch nicht erschlossen. Doch schon bald kamen wegen der immer schlechter werdenden Witterungsbedingungen Ahnungen auf, welche Strapazen der Halbmarathon in diesem Jahr bereithalten würde.



Als die Spitzenläufer den Halbmarathon in Angriff nahmen, musste sich die Aachen-Heinsberger Laufgruppe noch etwas gedulden, ehe sie die Startlinie passieren konnte.

Im Vorfeld des Laufes galten die Kenianer als klare Favoriten. Sie können auf ein scheinbar unerschöpfliches Läuferreservoir zurückgreifen. Jeder Kenianer, auch wenn man noch nie etwas von ihm gehört hat, muss zum Favoritenkreis gezählt werden, wenn er sich im Ausland präsentieren darf. Unsere Aachener und Heinsberger Kolleginnen und Kollegen gingen mit etwas bescheideneren Zielvorstellungen, doch nicht weniger ambi-

tioniert an den Start. Jeder hatte sich sein persönliches Ziel gesetzt. Einige waren an der Verbesserung ihrer persönlichen Bestleistung interessiert, andere wollten ihre Form überprüfen, während wieder andere einfach die Beendigung des Laufes anstrebten.

Der Veranstalter konnte sich über ein Rekordmeldeergebnis freuen. Insgesamt 17.692 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus 63 Ländern hatten ihren

Start zugesagt. Von den am 6. April 2003 herrschenden Witterungsbedingungen ließ sich jedoch so mancher abschrecken.

So gingen bei Eiseskälte und zeitweiligem Schneefall gut 12.000 Läufer, 1600 Skater, 169 Walker und 6 Rollstuhlfahrer auf die Strecke. Nach Angaben des Veranstalters stiegen lediglich 133 Teilnehmer vorzeitig aus und ließen sich per Bus zum Start zurück bringen.

## Besichtigung der JVA Tegel als Vorbereitung auf den Halbmarathon

Bevor es galt, alle Kräfte auf die sportliche Herausforderung zu konzentrieren, hatte Frank Theissen für den 05. April 2003 als meditative Vorbereitung auf den Halbmarathon die Besichtigung der größten deutschen Vollzugseinrichtung in Tegel organisiert. Auf 130.000 qm drängen sich fünf Teilanstalten, eine Sozialtherapie und eine psychiatrisch-neurologische Abteilung für insgesamt 1.764 Gefangene, obwohl sie nur über 1.534 Haftplätze

verfügt. Die 530 Frauen und Männer in der Laufbahn des allgemeinen Vollzugsdienstes, die für die Gestaltung eines auf Verhaltensänderung angelegten Vollzuges zur Verfügung stehen, haben eine Ventilfunktion. Einerseits haben sie fordernd auf Delinquenten einzuwirken, andererseits müssen sie Verständnis aufbringen, wenn sich bei den Inhaftierten in der reizarmen Umgebung eines Gefängnisses Frust und Aggression aufstauen. Für die Aachen-Heinsberger Gruppe

war es schon beeindruckend, allein den organisatorischen Aufwand zu sehen, der nötig ist, um das reibungslose Zusammenleben und Funktionieren einer großen Zwangsgemeinschaft auf begrenztem Raum sicherzustellen. Die Dimensionen der Tegeler Anstalt sprengten die meisten Vorstellungen der Aachen-Heinsberger Läufergruppe. In ihrem beruflichen Alltag sind sie Vollzugseinrichtungen mit weniger erdrückender Bausubstanz gewohnt.

Am frühen Sonntagmorgen hatte sich das Wetter gegenüber dem Vortag kaum verbessert. Die notwendige Ausrüstung war schnell gepackt. Vom Hotel fuhr man gemeinsam mit der S-Bahn zum Start am Alexanderplatz. Hektische Betriebsamkeit erwartete die Läufergruppe aus Aachen und Heinsberg. Die Skater warteten aufgeregt wie Rennpferde auf den Start um 9.30 Uhr. Anke Johnen war für die Startgemeinschaft Aachen-Heinsberg dabei. Unter den 1.600 Skatern sollte sie später einen guten Mittelfeldplatz erreichen. Das eiskalte, wechselhafte Wetter stellte den Veranstalter schon vor dem Start vor erhebliche Probleme. Bereits am Samstag hatte der stark böige Wind die Dusch- und Umkleidezelle des Deutschen Roten Kreuzes praktisch in die Luft gehen lassen. Nachdem sich zwei Zelte aus der Verankerung gelöst hatten, bestanden erhebliche Zweifel an deren Standsicherheit. Die Organisatoren ließen die bereits aufgestellten 42 Zelte wieder abbauen. Unbürokratisch stellte die Berliner Feuerwehr einen großen Umkleideraum an der Voltairestraße zur Verfügung. Geduscht werden musste nach dem Lauf allerdings zu



Man sieht dem 22-jährigen Sieger Paul Kirui die Strapazen nicht an. Den Halbmarathon bewältigte er in 1:01:05 Std. und verbesserte seine Bestzeit um mehr als fünfzig Sekunden.

Hause oder im Hotel. „Alles halb so schlimm“, befand ein Sprecher. „Wer will schon in einem Zelt heiß duschen und dann wieder zurück in die Eiseskälte?“

Um 9.40 Uhr machten sich die Power-Walker auf den Weg, um 9.50 Uhr starteten die Rollstuhlfahrer. Endlich, gegen

10.00 Uhr, starteten die ersten Läufer. Es nimmt schon etwas Zeit in Anspruch, bis sich die Masse von 12.000 Läufern in Bewegung gesetzt hat. Als die Aachen-Heinsberger Läufergruppe, jeder die unvermeidliche Stoppuhr fest im Griff, den Start passierte, waren die „schwarzen Gazellen“ aus Kenia und der Top-Favorit **Janne Holmen**, amtierender Europameister aus Finnland, längst auf und davon. Die Stoppuhren dienen lediglich der eigenen Orientierung und Strukturierung des Laufes. Für die Feststellung der Laufzeit werden sie nicht benötigt. Dafür hat jeder Teilnehmer einen Chip am Schuh befestigt, mit dem die tatsächliche Laufzeit beim Überqueren der Start- bzw. Ziellinie sekundengenau ermittelt wird.

Zunächst führte die Strecke über die *Karl-Marx-Allee* auf den Prachtboulevard *Unter den Linden*. Seit der Wiedervereinigung besteht hier rege Bautätigkeit. Zwischenzeitlich präsentiert sich diese geschichtsträchtige Straße wieder in früherer Pracht. Um die Schönheit der Architektur zu bewundern, fand die Aachen-Heinsberger Läufergruppe allerdings nur wenig Zeit. Jeder war vielmehr damit befasst, sich sein Stück Straße zu erkämpfen und das individuell richtige Tempo zu finden. Als bei Kilometer 4 das *Brandenburger Tor* passiert wurde, lugte kurz die Sonne hinter den Wolken hervor, ohne dass dies positive Auswirkungen auf die Temperatur hatte.

Faszinierend war die Anteilnahme der Berliner Bevölkerung an diesem 23. Berliner



**Noch immer guten Mutes. Die Hobbyläufer sind trotz der widrigen Witterungsbedingungen engagiert bei der Sache. Ankommen ist Ehrensache.**

Halbmarathon. Nach Angaben des Veranstalters säumten mehr als 100.000 Menschen die Strecke und feuerten Profis wie Amateure enthusiastisch an. Durch den *Tiergarten*, vorbei an der *Siegessäule*, wurde nach sieben Kilometern der *Ernst-Reuter-Platz* erreicht. Das erste Drittel der Strecke war damit geschafft. Jetzt war vor der ersten Getränkeaufnahme volle Konzentration gefragt, um laufend ein wärmendes Getränk zu erhaschen. Den Kollegen aus Aachen und Heinsberg gelang dieses Unterfangen perfekt. Innerlich erwärmt nahm man das zweite Drittel der Strecke unter die Füße.

Vorbei am *Charlottenburger Schloss*, für das die Läufer nur einen Seitenblick erübrigen konnten, ging es über *Schloss-*

*Windscheid-* und *Nestorstraße* zum *Kurfürstendamm*. Hier warteten wahre Menschenmassen auf die Läufer. Bei Sambatanz und heißer Musik stimmten sich die Zuschauer auf das Sportereignis ein. Die Leistung jedes Läufers wurde durch das sachkundige Publikum beklatscht und bejubelt.

vor der *Gedächtniskirche* wurde der zweite Erfrischungspunkt passiert, bevor das Läuferfeld die Stadtteile *Schöneberg* und *Kreuzberg* erreichte. Die Strapazen der Strecke und der äußeren Bedingungen waren den Läuferinnen und Läufern anzumerken und anzusehen, als sie drei Kilometer vor dem Ziel in die *Friedrichstraße* einbogen und erstmals den 368 Meter hohen Fernsehturm erblickten, der von dem nahen Ende der körperlichen Anstrengungen kündete.

Auch in diesem Jahr setzten sich die kenianischen Teilnehmerinnen und Teilnehmer souverän durch. Als erster passierte **Paul Kirui** in 1:01:05 Stunden die Ziellinie. Er verbesserte seine persönliche Bestzeit um 57 Sekunden. Fünzig bzw. einundfünfzig Sekunden später erreichten Kiruis Landsleute **Robert Cheboror** und **James Kwambai** das Ziel, von denen er sich bei Kilometer 12 spielerisch leicht abgesetzt hatte. Bester Nicht-Kenianer wurde der finnische Marathon-Europameister und Mitfavorit **Janne Holmen** als Neunter, bester deutscher Teilnehmer war **Holger Zob-**



**Als diese beiden Veteranen des Langlaufs die Ziellinie queren, haben sich die Kollegen aus Aachen und Heinsberg bereits ihrer verschwitzten Sportkleidung entledigt und sind schon wieder zu Atem gekommen.**

Dies vermittelte eine euphorische Stimmung, neue Kraftreserven schienen den Läufern zuzuwachsen. Was eben noch schwer und träge wirkte, ging mit der Unterstützung der Zuschauer leichter von der Hand. Die widrigen Witterungsbedingungen schienen ihnen nichts mehr anhaben zu können. Wie in Trance hatten viele Läufer das Gefühl, ein Stück hemmender Körperlichkeit hinter sich gelassen zu haben. Kurz

**ries** aus Cottbus, der einen für ihn guten sechzehnten Platz belegte.

**Paul Kirui** wirkte völlig entspannt. Geduldig wartete er neben der Strecke auf die Fragen eines Fernsehmoderators, machte einige Lockerungsübungen und winkte schüchtern ins Publikum. Keine Schweißperle verirrte sich auf seine Stirn. Eigentlich nichts Besonderes, wäre nicht der Zeitpunkt so bemerkenswert



**Veint zum gemeinsamen Erfolg. Die Freude über die Überwindung aller Schwierigkeiten ist diesen beiden Damen anzusehen.**

gewesen: diese Szene ereignete sich nach dem Rennen, das **Ki-ru** bei Temperaturen knapp über dem Gefrierpunkt, bei böigem Wind und leichtem Schneeregen überlegen für sich entschied.

Bei den Damen gab es einen kenianischen Doppelsieg: **Magdeline Chemjor** gewann in 1:11:12 Stunden vor der Vorjahressiegerin **Lenah Cheruiyot** (1:12:00) und der erstaunlich starken Greifswalderin **Carmen Siewert** (1:13:55). **Chemjor**, die eigentlich vom Cross-Lauf kommt, unternahm einen ihrer wenigen Ausflüge auf die Straße.

Für die Aachener und Heinsberger Kollegen sahen die Ziele etwas anders aus. Als die Spitzenläufer bereits unter der Dusche standen, mühten sie sich noch um die Überwindung von Müdigkeit und der Auswirkungen der Anstrengungen des Laufes. Einen wesentlichen Anteil daran, dass angesichts der riesigen Teilnehmerzahl nur wenige Läufer die Ziellinie nicht sahen, hatte das fantastische Berliner Publikum, das jeden Läufer mit Applaus und Anfeuerungsrufen über die Strecke zu tragen versuchte. Für die Läufergruppe aus Aachen und Heinsberg hinterließ besonders die 300 Meter lange Zielgrade einen bleibenden Eindruck. Die Zuschauer veranstalteten mit Trommeln Ratschen und Tröten einen geradezu ohrenbetäubenden Lärm, der bei den Teilnehmerinnen und Teilnehmern emotionale Reaktionen auslöste. Beim Überqueren der Ziellinie konnte sich der eine oder andere eine Freudenträne nicht verkneifen.

Als stärkster Teilnehmer der Aachen-Heinsberger Läufergruppe erwies sich **Stefan Classen**. Er erreichte das Ziel in 1:29:46 Stunden, blieb als einziger des Teams unter der Grenze von eineinhalb Stunden und belegte den 632. Platz. Alle anderen Teilnehmer zeigten sich ebenfalls gut vorbereitet und benötigten alle eine Laufzeit von unter zwei Stunden.

Die Platzierungen konnten sich sehen lassen, wenn man bedenkt, dass mehr als 12.000 Läufer angetreten waren, um ihre Kräfte im sportlichen Wettstreit zu messen.

Nach dem Lauf konnten sich die Organisatoren des Teams, Frank Theißen und Günter Jörissen, freuen: „Berlin war wie-

Die Ergebnisse des Aachen-Heinsberger Team im Einzelnen					
Skater					
Platz	Name	Vorname	Klasse	Zeit	JVA
999	Johnen	Anke	M 30	1:05:32	Heinsberg
Läufer					
632	Classen	Stefan	M 30	1:29:46	Heinsberg
683	Theißen	Frank	M 35	1:30:20	Aachen
763	Bühn	Hans	M 30	1:31:13	Aachen
1493	Jörissen	Günter	M 35	1:38:12	Aachen
1777	Rauh	Mirco	MHK	1:38:57	Aachen
1908	Hofmann	Wolfgang	MHK	1:39:35	Aachen
2964	Gaschka	Dirk	MHK	1:44:52	Aachen
2971	Bünning	Arnd	M 30	1:44:54	Aachen
3944	Fronk	Franz-Josef	M 45	1:49:16	Heinsberg
4482	Birmanns	Gerhard	M 35	1:51:28	Aachen
6385	Ames	Jürgen	M 35	1:58:26	Aachen

der eine Reise wert! Das Schmerzen der Füße, Gelenke, Muskeln vergeht zum Glück mit der Zeit. Was bleibt, ist die Erinnerung an einen Tag, an dem wir es allen gezeigt haben, den Faulenzern und Gemütl-

seher hockten, den Müßiggängern, die lieber die Heizung aufdrehten und jenen Drückbergern, die sich lieber in der Badewanne entspannten. Gezeigt haben wir es unseren Familien und Freunden, die es nicht für möglich gehalten ha-

ben, dass wir so etwas schaffen. Gezeigt haben wir es aber auch dem April, der zwar machen kann was er will, der uns aber trotz Schnee, Regen und Wind von unserem Ziel abbringen konnte. Das war eine tolle Erfahrung“.



Als Erinnerung an den 23. Berliner Halbmarathon erhielten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer, die die Strecke innerhalb der vorgegebenen Karenzzeit bewältigten, eine Erinnerungsplakette.

## Heute schon gelacht?

Aufstöhnend schlägt sich der untreue Ehemann an die Stirn: „Um Gottes Willen, die Scheidung kostet mich ja mehr als die Hochzeit.“ Der Anwalt lächelt und muntert seinen Mandanten auf: „Dafür haben Sie aber auch viel länger Freude daran.“

\*

„Also wirklich, Herr Rich-



ter“, beteuert der Angeklagte seine Unschuld, „ich bin keine achtzig Stundenkilometer gefahren, höchstens fünfzig, wahrscheinlich überhaupt

nur vierzig. Ich stand ja schon fast, als der Streifenwagen mich stoppte.“ „Hören Sie schon auf“, knurrt der Richter, „sonst fahren Sie noch irgendwo rückwärts hinein.“

\*

„Herr Anwalt, wie viel bin ich Ihnen für diesen Freispruch schuldig?“ „Ach, ich bin mit einem Drittel dessen zufrieden, was Sie mir zahlen wollten, als Sie noch auf der Anklagebank saßen“.

Frühjahrssitzung des BSBD-Hauptvorstandes:

## Eklatanter Personalmangel – mehr als 900 Kräfte fehlen!

Anlässlich der Sitzung des BSBD-Hauptvorstandes – dem höchsten Gremium der „Gewerkschaft Strafvollzug“ zwischen den Gewerkschaftstagen – am 09. April 2003 in Castrop-Rauxel forderte BSBD-Landesvorsitzender Klaus Jäkel vor den mehr als 100 Delegierten die Landesregierung dazu auf, endlich mit dem schrittweisen Abbau des Personaldefizits von mittlerweile mehr als 900 Kräften in den Laufbahnen des allgemeinen Vollzugsdienstes und des Werkdienstes zu beginnen. Gleichmaßen verlangte der Gewerkschafter von den politisch Verantwortlichen, in den Haushaltsgesetzentwurf 2004/5 die letzte Stufe der durch den BSBD initiierten „Verordnung über Stellenobergrenzen für den mittleren Dienst bei Justizvollzugsanstalten des Landes NRW“ aufzunehmen und punktuelle Verbesserungen in den Spitzenämtern der Laufbahnen des mittleren Dienstes vorzusehen.

BSBD-Chef **Jäkel** machte zu Beginn seines Berichtes zur Situation der Gewerkschaftsarbeit deutlich, dass sich die **Rahmenbedingungen**, die für die Vertretung der Interessen der Strafvollzugsbediensteten gegenwärtig bestimmend seien, **in geradezu dramatischer Weise** verschlechtert hätten.

So habe sich die Landesregierung durch den Beschluss, keine weiteren Personalstellen einzurichten, eine Selbstbeschränkung auferlegt, die sie jeglicher Flexibilität im Personalsektor beraube.

Die „**Bull-Kommission**“ empfehle, das Berufsbeamtenum grundsätzlich zu reformieren, weil die Verwaltung den „aktuellen Herausforderungen nicht gerecht“ werde, ihre Leistungen für die Gesellschaft „nicht in der nötigen und möglichen Qualität“ erbringe und „zu stark regel- und zu wenig ergebnisorientiert“ arbeite.

„Dies ist eine Abfolge von Ohrfeigen, die nicht die Bediensteten, sondern die Politiker verdienen, die mit ihrer Rege-

lungswut und ihrem Streben nach Perfektionismus der öffentlichen Verwaltung die Luft zum Atmen genommen haben,“ kritisierte **Jäkel** eine Politik, die im öffentlichen Dienst permanent den Sündenbock für die gegenwärtige Finanzmisere sieht.

Folglich werde in diesem Bereich nach Lösungsmöglich-

keiten „gefahrenet“. „**Die Einführung von Öffnungsklauseln**“ und der Austritt etlicher Bundesländer aus der *Tarifgemeinschaft deutscher Länder*“ (TdL) werden von vielen Landesregierungen als probate Mittel angesehen, den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes wieder und wieder „in die Tasche zu greifen.“

„Eine Politik, die sich der drängenden Probleme bei den wahrzunehmenden Pflichtaufgaben nicht in der gebotenen Weise annimmt, wird den Bedürfnissen des Strafvollzuges und denen seiner Beschäftigten nicht gerecht“, tadelte der **BSBD**-Vormann den Umgang mit den unübersehbaren Personalproblemen.

## 500.000 Überstunden sind Bürde und Mahnung

Durch **das Fehlen von rund 900 Personalstellen** – vor allem in den Laufbahnen des allgemeinen Vollzugs- und des Werkdienstes – drohen nach Auffassung des **BSBD** sowohl die Wiedereingliederung der Gefangenen als auch die Gewährleistung der Inneren Sicherheit Schaden zu nehmen, erklärte **Jäkel** vor den Gewerkschaftern. So habe eine vom Justizministerium bereits vor Jahren eingesetzte Stellenverteilungskommission die Personallücke mit 523 Stellen beziffert, während der **BSBD** von einem Personaldefizit von 900

Stellen ausgeht. „Ein Streit darüber, welche Zahlen nun zutreffend sind, erscheint im Augenblick müßig. Viel wichtiger ist die Erkenntnis, dass der Rechtsfrieden und die Innere Sicherheit in unserem Lande auf dem Spiel stehen. Die nordrhein-westfälische Landesregierung kann und darf sich daher der Pflichtaufgabe „Strafvollzug“ nicht entziehen und muss für eine sachgerechte Personalausstattung umgehend Sorge tragen. Dabei auf selbstheilende Kräfte zu hoffen, nur weil in der Belegungsentwicklung derzeit eine Stabi-

lisierung einzutreten scheint, kann sich sehr schnell als tödlicher Irrtum erweisen, der dann wiederum auf dem Rücken der Strafvollzugsbediensteten ausgetragen werden wird“, forderte der Chef der „Gewerkschaft Strafvollzug“ die Politiker zu sofortigem politischen Handeln auf.

So habe das Fehlen einer bedarfsgerechten Personalausstattung das Anwachsen des **Überstundenberges auf 500.000 Stunden** bewirkt. Ein Ausgleich der anfallenden Mehrarbeit durch Freizeit sei infolge der angespannten Personalsituation nur vereinzelt möglich. Für eine Auszahlung stunden wiederum keine ausreichenden Haushaltsmittel zur Verfügung.

Die Änderung der Vorschriften zur Gewährung von Mehrarbeitsvergütung hätten die finanzielle Abgeltung von Mehrarbeit zudem dramatisch erschwert. Für den **BSBD**, hob **Jäkel** hervor, sei der Überstundenberg aus sozialen und arbeitsmarktpolitischen Gründen ein Ärgernis. „Wir fordern die nordrhein-westfälische Landesregierung auf, den Überstundenberg als falsch verstandenes „Personalschöpfungsinstrument“ rigoros durch Neueinstellungen abzubauen.“

Dabei verzichteten wir gern auf die durch erhebliche Gehalts- einbußen finanzierten, durch den Dienstherrn anschließend so „großherzig“ ausgeschütete-



Der BSBD-Hauptvorstand sprach sich einvernehmlich für eine systemkonforme Reduzierung der aufgelaufenen Überstunden aus. Der Teilprivatisierung vollzuglicher Aufgaben erteilten die Delegierten eine eindeutige Absage.

ten bzw. zum Landeshaushalt „vereinnahmten“ Leistungsprämien. Lieber soll das uns zuvor „vorenthaltene Geld“ in die Linderung der personellen Probleme einfließen, was am Ende allen zugute kommen“, erklärte der **BSBD**-Gewerkschafter unter dem Beifall der Delegierten.

## Privatisierung vollzuglicher Aufgaben behindert flexiblen Personaleinsatz

Nachdem sich der NRW-Justizminister **Wolfgang Gerhards** wiederholt öffentlich dafür ausgesprochen hat, für den Überstundenabbau im allgemeinen Vollzugsdienst auf den Einsatz privater Sicherheitskräfte zurückzugreifen, wurde diese Problematik durch den Hauptvorstand eingehend und überaus engagiert diskutiert. Einvernehmen der Delegierten bestand darin, dass für den **BSBD** nur systemkonforme Problemlösungen in Betracht kommen können. Zu denken sei dabei an Vorgriffseinstellungen, aber auch an den Verzicht auf die Möglichkeit der Stellenkapitalisierung.

Jährlich sind zwischen 250 und 300 Stellen zu besetzen, die altersbedingt frei werden. Zum Abbau der Überstunden könnten die für 2004 erforderlichen Einstellungen bereits in diesem Jahr erfolgen, was zu einem Abbau der Überstunden in einer Größenordnung von bis zu 420.000 Stunden führen würde. Mit einer solchen Lösung würde Zeit gewonnen, um dringend notwendige Strukturreformen zu realisieren.

So befindet sich die **Reform des Sanktionenrechts** bereits in der Vorbereitung. Ziel sollte es nach Vorstellung des **BSBD** sein, den Strafvollzug von solchen Gefangenen zu entlasten, die nur kurzfristige Strafen zu verbüßen haben. In diesem Bereich gilt es, mit alternativen Sanktionsformen auf kriminelles Verhalten zu reagieren.

Der Vorteil einer solchen Problemlösung läge zudem darin, dass vollzugseigenes Personal sämtliche im Vollzugs auftre-

tenden Aufgaben erledigen könnte, während „Vollzugs- oder Verwaltungshelfer privater Sicherheitsdienste“ nicht hoheitlich sondern nur unter Aufsicht durch Vollzugsbedienstete eingesetzt und handeln dürfen. Der Einsatz privater Sicherheitskräfte würde folglich zu einer erheblichen Einschränkung der Flexibilität des Personaleinsatzes führen. **Denn anders als Vollzugskräfte löst der Einsatz von privaten Sicherheitskräften zusätzliche Personalbindungen aus.** Darüber hinaus spricht auch der Kostenfaktor für eine systemkonforme Lösung, weil vollzugseigenes Personal nach **BSBD**-

Berechnungen deutlich geringer Kosten verursacht, als durch einen privaten Dienstleister pro Anwesenheitsstunde berechnet wird.

**BSBD-Landesvorsitzender Jäkel:** „Die Politik weist dem öffentlichen Dienst derzeit die „Sparschwein-Rolle“ zu. Diesen Zumutungen werden wir uns nachdrücklich widersetzen müssen.“



## Alfred Ludemann zum stellvertretenden Landesvorsitzenden gewählt

Nachdem **Klaus Laschet** (Aachen) Anfang des Jahres aus persönlichen und gesundheitlichen Gründen vom Amt des stellvertretenden Landesvorsitzenden zurückgetreten war, wählte der **BSBD**-Hauptvorstand **Alfred Ludemann** (Köln) einstimmig zu dessen Nachfolger. Mit **Alfred Ludemann** zieht ein erfahrener Gewerkschafter in die Landesleitung ein, der sich in den vielen Jahren als Sprecher des Bezirks Köln einen Namen gemacht hat. „Bei Deinem Wirken und Eintreten für die Interessen der Strafvollzugsbediensteten hast Du Dich stets auf Deine fachliche Kompetenz verlassen können und Dir eine pragmatisch-realistische Sicht für das faktisch Machbare bewahrt. Mit diesen Stärken und Fähigkeiten, dessen bin ich mir sicher, wirst Du die Arbeit der Landesleitung bereichern“, wünschte **Jäkel** dem neu gewählten Mandatsträger alles Gute.



**BSBD-Landesvorsitzender Klaus Jäkel (li.) gratuliert Alfred Ludemann zur Wahl zum stellvertretenden Landesvorsitzenden:** „Lieber Alfred, ich wünsche Dir im Interesse unserer gemeinsamen Sache Durchsetzungsfähigkeit, Schaffenskraft und Erfolg sowie eine glückliche Hand für Dein künftiges Wirken an exponierter Stelle der Gewerkschaftsarbeit“.

## Anpassung von Besoldung und Versorgung 2003/2004

Als außerordentlich enttäuschend und zugleich verbesserungsbedürftig bezeichnete **BSBD**-Landesvorsitzender **Klaus Jäkel** den Entwurf eines Besoldungsanpassungsgesetzes. „Durch die Verschiebung der Besoldungsanpassung von 2,4 v.H. für die Besoldungsgruppen A2 bis A 11 auf den 1. April 2003, für die übr-

igen Besoldungsgruppen auf den 01. Juli 2003, wird den Beamten und Versorgungsempfängern **erneut ein durch nichts zu rechtfertigendes Sonderopfer** abverlangt. Wieder sollen Beamte – mehr als andere Beschäftigtengruppen – zur Haushaltskonsolidierung in Bund, Ländern und Gemeinden beitragen. Über

diese 'schreiende Ungerechtigkeit' vermag auch die vorgesehene Einmalzahlung von bis zu 185 Euro (für Anwärter 65 Euro) nicht hinwegzutäuschen“, stellte der Gewerkschafter fest. Daneben sieht der Gesetzentwurf die Erhöhung der Besoldungs- und Versorgungsbezüge um 1,0 v.H. zum 01. April 2004 vor. Ei-

## Nachruf

am 20. März 2003 starb das  
BSBD-Gründungsmitglied

## Peter Finger

im Alter von 84 Jahren.

Im Juni 1946 traf sich Peter Finger mit anderen Kollegen in der Dienstwohnung Nr. 12 der JVA Siegburg zur Gründung einer Interessenvertretung für Strafanstaltsbedienstete. August Friedrichs, der spätere Bundesvorsitzende, und Peter Finger waren von Anfang an dabei und erreichten durch ihren unermüdlichen Einsatz, dass am 7.12.1949 in Köln der Bund der Strafanstaltsbediensteten Deutschlands gegründet werden konnte. Dem Verstorbenen war die Entwicklung des Vollzuges und die Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Strafvollzugsbediensteten ein er-